

Es gilt das gesprochene Wort
HH-Rede zur Einbringung der HH-Anträge 10.2.2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Herren Bürgermeister und städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, liebe Stadtratskolleginnen und Kollegen,

die Betrachtung des vorliegenden HHentwurfs muss unter zweierlei Perspektive erfolgen: Rückblick vor der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem Blick nach der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Vor der Krise haben wir hier einmütig die stabile Haushaltslage der Stadt auch in mittelfristiger Planung begrüßt und hatten einen vorsichtig optimistischen Blick auf die Zukunft dieser Stadt, was uns auch zu einigen Wunschprojekten beflügelte.

Der Optimismus war berechtigt, wir konnten 2007/2008 nicht nur einen gesetzmäßigen Haushalt erreichen und zu 100% unsere Abschreibungen abbilden (kamerale Sicht nie ein Thema war und immerhin 2007/2008 34,5 Mio. € betrug), sondern auch erhebliche Überschüsse erwirtschaften. D.h. die Rücklage auffüllen für schlechte Zeiten.

Dann die Zäsur - über Deutschland und somit auch Heidelberg brach die Wirtschaftskrise im Winterhalbjahr 2008/2009 herein und hinterlässt auch in HD Spuren: im jetzt vorgelegten HHentwurf 2011 und 2012 mit erheblichen Lücken auf der Einnahmenseite. Erinnerung sei hier aber auch, dass auch bundespolitische Steuergeschenke der schwarz-gelben Bundesregierung ihren Beitrag zur Misere der kommunalen Haushalte geleistet haben. So schlagen aufgrund des Wirtschaftsbeschleunigungsgesetzes konstant beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 5 Mio. € Einnahmeausfälle zu Buche. Das Bürgerentlastungsgesetz wird dies noch verschärfen.

Das umsichtige Reagieren der Verwaltung in 2009 durch Bewirtschaftungssperren, geringere Anschaffungsquoten beim beweglichen Vermögen und das Schieben von Investitionen haben Heidelberg gut durch dieses Krisenjahr manövriert. Mit der gleichen Umsicht hat die Stadt auch das Jahr 2010 gemeistert, konnten die Verschlechterungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise weitgehend kompensiert werden (Worte des Kämmersers Glauben schenken, Jahresabschluss noch nicht vorliegt).

Unser aufrichtiger Dank an dieser Stelle an die Verwaltung, vornehmlich die Kämmererei und alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für

diese Leistung. Wir wissen diese Kraftanstrengung Ihrerseits sehr zu schätzen.

Im jetzt von der Verwaltung vorgelegten HHentwurf für die nächsten beiden Jahre wird der im Krisenjahr begonnene Weg fortgesetzt.

Wieder städtische Mitarbeiter/innen Konsolidierungsbeitrag mit 35,4 Mio. € beitragen. Dank auch dafür.

Das Ziel: Konsolidierung des HH durch Ausgabendisziplin, Konzentration auf das Notwendige bei gleichzeitigem Ausblenden von Wünschenswertem können wir als SPD so mitgehen. Sage hier klar und deutlich: es ist richtig, dass in diesem HH und der mittelfristigen Finanzplanung der Neckarufertunnel vom Oberbürgermeister nicht eingestellt wurde, denn er zählt allenfalls zur Kategorie Wünschenswertes, während die Schulsanierungen und –modernisierungen, die Investitionen in die KITA-Infrastruktur sowie Unterhaltung der Straßen für die SPD zu den notwendigen Pflichtaufgaben in HD zählen.

Die Prognosen der Verwaltung bezüglich der künftigen Haushaltsentwicklung in HD zeichnen trotz dieser Anstrengungen und Entscheidungen ein düsteres Bild:

- ⇒ verbrauchen aller Rückstellungen und ein Großteil der Rücklagen 2011 und 2012
- ⇒ ab 2013 reichen die Rücklagen dann zum Ausgleich des Gesamtergebnisses nicht mehr aus und es bildet sich ein Fehlbetrag der über die Folgejahre weiter ansteigt bis auf 52,6 Mio. in 2015

In der Tat auf den ersten Blick eine beunruhigende Vorschau.

Schaut man genauer hin fällt zweierlei auf:

einerseits dass auf der Aufwandsseite ehrgeizige Ziele abgebildet werden, so in Bezug auf die 100% Erwirtschaftung der Abschreibungen (erst 2016) (würden wir Abschreibungen herausrechnen => Bild ab 2013 deutlicher günstiger)

andererseits auf der Ertragsseite vorsichtig kalkulierte Planzahlen, wie z.B. bei der Gewerbesteuer. => aus dem Verhältnis ergibt sich eine negative Entwicklung abbildet.

Warum der düstere Blick in die Zukunft statt eines Blicks mit vorsichtiger Zuversicht?

Letztendlich dient diese vorsichtige Betrachtung auch als die vorge-
schlagene Grundsteuer B Erhöhung zu rechtfertigen..

Hand

Gerade weil dies die Argumentationsschiene ist, gilt es sich dieses Szenario genauer zu betrachten und die Frage zu stellen, ob es nicht auch positivere Einschätzungen für die beiden Haushaltsjahre geben könnte? Wir sind der Meinung ja.

Lassen Sie mich die Einschätzung der SPD an zwei Beispielen deutlich machen:

1. Anstehende bundes- und landespolitische Entscheidungen

Hier ist die derzeitige Diskussion über das Bildungspaket im Rahmen der Hartz IV-Verhandlungen zu nennen >= auch wenn die Entscheidung derzeit auf Eis liegt, wird es zu einer Entscheidung kommen müssen über kurz oder lang. Ergebnis eindeutig positiv für die Kommunen: HD gibt derzeit für 1-€-Essen, HÜS, Sprachförderung über 1 Mio. € im Jahr aus => mit Beteiligung des Bundes steht uns hier eine deutliche Entlastung ins Haus, die man im Hinterkopf behalten muss.

Ankündigungen von heute zeigen, dass sich endlich auch im Land etwas bewegt, wenn auch nur in kleinen Schritten jetzt vor der Wahl. Kleine Verbesserungen 2012 mit etwas mehr im kommunalen Finanzausgleichstopf – reicht hier sicher nicht aus.

Echte Versprechen für eine wirkliche Umsetzung des Konnexitätsprinzips zwar noch Fehlannonce, aber warten wir mal die Wahl ab.

Eine neue Grundlage für die Finanzierung des Ausbaus der KITAS für unter 3 jährige müssen die Länder aufgrund des jüngsten Urteils auf alle Fälle leisten. *Länder Verantwortung*

2. der wirtschaftl. Aufschwung 2011

Warum ist das Vertrauen der Verwaltung in Leistungskraft unserer Wirtschaft und unseren Mittelstand so gering? Hat nicht der Blick vor die Krise gezeigt wie stark diese doch hier in Heidelberg ist?

Betrachten wir einmal die Planzahlen zur Gewerbesteuer eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen:

Planwert der Verwaltung für das Jahr 2009: 68 Mio. €
tatsächlich 103,5 Mio. € => ein Plus von **35,5 Mio.** (Sondereffekt + höhere Aufwendungen abgezogen, + 20 Mio.€)

Planwert der Verwaltung für das Jahr 2010: 68 Mio. €
Tatsächlich 85 Mio. € => ein Plus gegen Plan von 17 Mio. €

Einnahmeplanwert der Verwaltung für das Jahr 2011 ff zw. 75 Mio. € - 79 Mio. € (Für eine pessimistische Planung durchaus akzeptabel - aber nicht als Basis für eine Steuererhöhung)

Wie viel Vorsicht und Skepsis gegenüber der ^{Jahreszahlen} wirtschaftlichen Entwicklung liegt in diesen Zahlen? Das ist die zentrale Frage, nur dann kann entschieden werden, ob eine Steuererhöhung notwendig ist oder nicht !!

Diese Einschätzung der wirtschaftlichen Lage werde ich als Person hier nicht vornehmen keine Sorge, da verlasse ich mich auf Experten, die ihre Kennzahlen besser kennen als ich.

Jüngst Interview Herrn Fehrenbach, Chef der Firma Bosch in der Financial Times, prognostiziert für sein Unternehmen eine Rekordjahr 2011 erstmals die 50 Milliarden-Euro Umsatzmarke überschreiten, weit über 2000 neue Beschäftigte allein in Deutschland einstellen. (Grund: Boom in der Automobilindustrie/Zulieferer)

Auf dem Mittelstandstag Anfang dieses Monats hat ihr Bundeswirtschaftsminister Brüderle vom Beschäftigungsrekord gerade im Mittelstand und einem überraschendem Wirtschaftsaufschwung für 2011 gesprochen.

Last but not least rechnet der Finanzminister des Landes BW Stächele bei der Gewerbesteuer mit einem Zuwachs für 2011 von rund zehn Prozent. Stächele sagte wörtlich: „mit diesen positiven Entwicklungen werden die kommunalen Finanzprobleme zwar nicht beseitigt, aber spürbar erleichtert.“

=> für HD 10% auf 85 Mio. € in 2010 => Wert über 90 Mio. € ein + 15 Mio. € (derzeit 75 Mio. €)

=> Beschäftigungsboom wird sich auch in weiteren erhöhten Einnahmen aus Steueranteilen widerspiegeln

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Grundsteuer B Erhöhung ist nichts anderes als ein Risiko in der Planung, dessen Wahrscheinlichkeit, dass es eintritt auch noch gering ist, in eine jetzt schon sichere Belastung der Bürgerinnen und Bürger umzuwandeln, das ist nicht fair.

Deshalb unser: Nein zur Grundsteuer B Erhöhung.

Steuererhöhungen können nur das allerletzte Mittel in einer Notsituation sein. Angesichts dieser Prognosen kann davon keine Rede sein. Wir alle wissen, eine einmal getätigte Steuererhöhung dreht man nicht so einfach wieder zurück.

Bürgerinnen und Bürger müssen bereits Mehrbelastungen im Gebührenbereich hinnehmen, Verteuerung bei Lebensmitteln und Gas- und Strompreisen. Das ist genug. Die Erhöhung der Grundsteuer B trifft alle Bürgerinnen und Bürger, Eigentümer wie Mieter. Wohnen in Heidelberg ist für viele schon zu teuer. Mehr geht nicht. *und man muss auch nicht!*

Deshalb gebietet hier Zurückhaltung. (Letzte Erhöhung im Jahr 2005 war unter ganz andere Vorzeichen: wir konnten keinen gesetzmäßigen HH vorlegen. Während wir das heute in 2011 können, notfalls mit einer erhöhten Entnahme aus der Rücklage, wenn wider alle Erwartung der Aufschwung sich in 2011 in der Dynamik nicht fortsetzen sollte.

Vorsichtige Zuversicht darf natürlich nicht in Euphorie ausarten, wäre ebenfalls der falsche Weg. Deshalb verfolgen auch wir mit unseren Anträgen das Ziel der Haushaltskonsolidierung: durch Ausgabendisziplin und klare Schwerpunktsetzung bei den Investitionen. Agieren mit Augenmass und Verantwortung ggn. unseren Bürger/innen.

D.h. alle unsere Erhöhungsanträge bzw. Rücknahmeanträge von Kürzungen sind durch entsprechende Einsparvorschläge unterlegt (über 20 Teilhaushalte hinweg). Außerdem erzielen wir durch das Schieben von Investitionen und reduzierte Ansätze beim Anschaffen beweglichen Vermögens zusätzliche Einnahmeverbesserungen durch Zins- wie Abschreibungseffekte.

Im Einzelnen beantragen wir:

1. Rücknahme der Kürzungen bei den freiwilligen Zuschüssen im Bereich Soziales, Kultur, Umwelt und Sport, sowie bei der Volkshochschule und damit Status quo Wahrung bei diesen Einrichtungen
2. Teilrücknahme des Einsparbeitrags der Stadtbücherei durch einstellen von 50.000 € für die Anschaffung von Medien. (Attraktivität leiden)

3. Erhöhung des Ansatzes für kostenfreies Mittagessen für Kinder aus einkommensschwachen Familien um 150.000 €, um dieses Angebot an allen weiterführenden Schulen machen zu können. (Land => Verantwortung)

4. Erhöhungen bei den freiwilligen Zuschüssen beantragen wir lediglich für zwei Einrichtungen, der Wegfall anderer Fördergelder würde hier zum Aus bzw. dem Einstellen von wichtigen Leistungen führen: Frauennotruf mit 45.000 € und BibeZ ca. 20.000 €. Betreute Jugendarbeit ev. und Treff Miteinander haben wir wieder in die Zuschussliste aufgenommen.

5. Im investiven Bereich beantragen wir den gemeinsamen Start der Modernisierungsmaßnahmen bei Willy-Hellpach- und Julius-Springer-Schule wie auf SPD-Antrag von der Verwaltung als Alternativvorschlag vorgelegt sowie das Vorziehen der Maßnahme des Bunsengymnasiums in die Jahre 2011 und 2012

6. Inhaltliche Anträge beziehen sich auf Verbesserungen im ÖPNV und der Übertragung der entsprechenden Mittel aus dem letzten Haushalt

7. Als Ziel formuliert haben wir auch, dass ab 2013 die Stadt zur Konsolidierung der SWH Stadtwerke entsprechende Maßnahmen ergreifen muss, die sich am ÖPNV-Verlust und Bäderverlust orientieren müssen.

Im Saldo führen die SPD-Anträge zu einer weiteren Ausgabenreduzierung von insgesamt ca. 1 Mio. € in diesem Doppelhaushalt.

Zusätzlich beantragen wir eine Erhöhung der Haushaltssperre um 500.000 € pro Jahr also ebenfalls noch einmal ein Puffer von 1 Mio. € für unvorhergesehene negative Entwicklungen. (entspricht etwa noch einmal einer Ausgabenreduzierung von 1% über Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen).

Sollte widererwarten alle positiven Einschätzungen nicht eintreten, dann ist der Einsatz der Rücklage um den entsprechenden Betrag zu erhöhen. Die Rücklage hat die Funktion in schwierigen Zeiten zum Einsatz zu kommen.

Zeigt sich aber ein positiver Verlauf und bereits im Mai haben wir die nächste Steuerschätzung kann Haushaltssperre unterjährig durch den Gemeinderat wieder aufgehoben werden.

Mit diesem Gesamtpaket aus Ausgabendisziplin, Konzentration auf das Notwendige und Priorisierung der Investitionen auf Schulen tragen wir aus unserer Sicht einer vorsichtigen Haushaltsplanung mit Zuversicht in die nächsten Jahre Rechnung.